

# Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn  
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

Nr. 7/8

28. Juli 1971

## ZUR NOTWENDIGKEIT EINER ILLUSIONSFREIEN AUSSENPOLITIK

Werner Dollinger

Erfolge in der Außenpolitik werden sich nur dann als echte bewahrheiten, wenn sie in eine langfristige, klare Zielsetzung eingeordnet werden können und nicht um des Tageserfolges willen gemacht werden. Nach den Kommuniqués verläuft fast jede Begegnung "freundschaftlich" und darüber hinaus ist "weitgehendste Übereinstimmung erzielt worden". Vertragsabschlüsse sind "große Erfolge" und "Fortschritte". Mehr Nüchternheit wäre besser!

Bei internationalen Verträgen sollte man ehrlich zugeben, daß diese unter freien Staaten nur zustande kommen, wenn beide Teile sich vom Abschluß Vorteile versprechen. Als Verzerrung der Politik muß es gesehen werden, wenn man die Politik mit westlichen Staaten gleichsetzt der Politik mit Staaten im Osten. Politik mit dem Westen ist ein

Verhandeln um gemeinsames Tun mit demokratischen Staaten, und Politik mit den Staaten des Warschauer Paktes ist Politik mit kommunistischer Diktatur. Im Natobündnis sein bedeutet westliche Verteidigungspolitik gegen den Osten gestalten, und die Notwendigkeit und die Grundlage für dieses Bündnis sind bis heute nicht weggefallen. Deshalb kann man eben nicht sagen, West- und Ostpolitik ist gleich. Mit den Staaten des Westens verbindet uns der Begriff der Freiheit des Bürgers mit all seinen garantierten Rechten; Regierung und Bürger stehen zur parlamentarischen Demokratie. Gemeinsame Außenpolitik mit ihnen gilt der Sicherung von Frieden und Freiheit. Selbstverständlich gibt es neben ideologischen Ge-

### AUS DEM INHALT

Zur Notwendigkeit einer illusionsfreien Außenpolitik	1
Währungskrise hausgemacht? Philipp von Bismarck	3
Nachruf	5
Was können wir gegen die Rausch- und Suchtwelle tun? Rudolf Affemann	6
Vom Ethos christlich-demokratischer Politik Klaus Krüger	7
Sport und Gesellschaftspolitik Hans Evers	10
Leserbriefe	12

meinsamkeiten auch gemeinsame wirtschaftliche und kulturelle Interessen. In den kommunistischen Diktaturen ist dem Begriff Freiheit des Menschen ein anderer Inhalt gegeben worden. Die einzelnen Staaten des Warschauer Paktes sind - im Gegensatz zu den Partnern innerhalb der Nato - aneinander gefesselt durch die kommunistische Ideologie der Machthaber; der überwiegende Teil der Menschen dieser Staaten ist im eigenen Staat unterjocht ohne demokratische Rechte und dem Warschauer Pakt einverleibt, durch Zwang bis hin zur Unterdrückung durch Militärgewalt. Die Breshnew-Doktrin, die ja die begrenzte Souveränität der Warschauer Paktstaaten festlegt, ist dafür ein Beweis. Wir sollten bei der Außenpolitik nicht nur eigene Vorstellungen haben, sondern den Versuch machen, uns in die Gedankengänge und Absichten der Gesprächspartner hineinzusetzen. Wenn das unterbleibt oder politische Ideologie verharmlost oder gar übersehen wird, muß dies gefährliche und schlechte Folgen haben. Kommunistische Staaten haben in ihrer Außenpolitik die Gestaltung der Welt unter dem Kommunismus als Leitlinie. Diese Feststellung sollte in der Politik klar gesehen werden, ähnlich wie in wirtschaftlichen Bereichen, wo die Absicht von Partnern oder Konkurrenten selbstverständlich klar analysiert wird.

Die Bundesregierung hat am 12. August 1970 den Vertrag mit der UdSSR in Moskau unterzeichnet. Unabhängig von den Fragen der Interpretation und der Nichtkenntnis der Protokolle der Verhandlungen erleben wir eine sehr merkwürdige Widersprüchlichkeit mit dem Wort "Berlin-Junktin". Es gibt Erklärungen, daß es ein Berlin-Junktin nicht gibt und es gibt genauso Erklärungen, daß ohne eine befriedigende Berlinregelung - wie sie aussehen soll, ist unklar - eine Ratifizierung nicht in Frage komme. Was stimmt? Während diese Frage offenliegt, verhandeln die vier Botschafter über Berlin und obwohl noch kein Erfolg vorhanden, haben wir schon ein neues Thema: Truppenabzug. Kann über diese Punkte vor einer befriedigten Berlinregelung verhandelt werden und wenn verhandelt wird, geschieht dies dann nur durch die UdSSR und die USA oder durch Nato- und Warschauerpaktstaaten? In diese Unklarheit hinein kommt dann wieder die alte Forderung der Sowjetunion nach einer europäischen Sicherheitskonferenz, an welcher Stelle aber in all diesen Verhandlungen steht die Berlinfrage und die Deutschlandfrage? Gibt es noch ein Junktin oder kann verhandelt werden, ohne daß Fortschritte bei diesen Themen bereits erzielt worden sind?

Neben den Fragen im internationalen Bereich, einschließlich der Frage an unsere Verbündeten über mögliche Vorbedingungen, sollte aber noch jener Prozeß gesehen werden, der durch die Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau in der deutschen Bevölkerung eingeleitet und ausgelöst worden ist. Ich meine die starke Änderung der Diskussion über den Kommunismus und über seine Ziele; ich denke an die Entwicklung der DKP in der Bundesrepublik. Ich erwähne auch die Tatsache, daß der neue Botschafter der UdSSR, Herr Falin, die DKP besuchte, bevor er beim Bundeskanzler oder bei den Vorsitzenden der Fraktionen des Bundestages gewesen ist. Die Forderung des polnischen Außenministers nach Beseitigung des Senders "Free Europe" in München ist ein weiteres Zeichen einer Entwicklung, die Sorgen machen muß. Der Kommunismus will einen neuen Start in der Bundesrepublik Deutschland und er glaubt, durch den Vertrag von Moskau heute dazu günstige Möglichkeiten zu haben.

Wir wollen Entspannung, wir wollen Frieden in Freiheit. Unverzichtbar muß diese Politik beinhalten, daß wir unseren Staat, unsere Gesellschaftsord-

nung, unsere Wirtschaft so gestalten, wie wir es für richtig halten und wie es im Grundgesetz verankert ist. Deshalb kann Entspannung nicht beinhalten, daß der Kommunismus sich über verschiedene Wege in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik einmischt. Trotz aller Erklärungen über friedliche Koexistenz wissen wir um die Unvereinbarkeit der kommunistischen Lehre über Mensch und Staat mit jener einer freiheitlichen parlamentarischen Ordnung. Nur wenn diese Klarheit vorhanden ist und beide Teile dies wissen, kann eine Politik gemacht werden, die weder hier noch dort Illusionen weckt und die allein mit großer Wahrscheinlichkeit Konflikte verhindert.

## WÄHRUNGSKRISE HAUSGEMACHT ?

Philipp von Bismarck

Wenn man als Junge eine wertvolle Uhr durch Überdrehen kaputt gemacht hat, obwohl das starke Aufziehen verboten war, sie dann fallenließ, um einen harmlosen Grund zu haben, zum Uhrmacher zu gehen, so nennt man das einen Dummenjungenstreich. Wenn man aber die Marktwirtschaft leichtfertig überfordert hat, und dann, um nur die Schuld abzuwälzen, eine Währungskrise provoziert, wie nennt man das dann?

In Stichworten noch einmal die Geschichte der letzten 1 1/2 Jahre:

Bei Regierungsbeginn wird Unmögliches von der Aufwertung erwartet. Das monatelang vor der Wahl geforderte binnenwirtschaftlich flankierende Programm wird jedoch nicht verwirklicht. Zu allem Überfluß werden falsche Signale gesetzt durch Ankündigung von Steuererleichterungen und dazu großzügige Haushaltspolitik in den ersten Monaten betrieben. Als man im Febr. 1970 endlich erkennt, daß man falschen Kurs fährt und der Bundeswirtschaftsminister dem Kabinett und der Fraktion der SPD die erforderlichen härteren Maßnahmen des Stabilitätsgesetzes vorschlägt, wird mit Rücksicht auf die im Frühsommer bevorstehenden Landtagswahlen nicht gehandelt. Stattdessen überläßt man der Bundesbank allein die Konjunkturdämpfung, die dadurch gezwungen wird, in einen überhöhten Diskontsatz von 7,5 % auszuweichen. Folge: Verlust der Stabilität im Inneren, Dollarzufluß von außen. Mehrere Vollbeschäftigungs-Garantien des Bundeskanzlers bei gleichzeitig anhaltender Überbeschäftigung verstärkten die negative Entwicklung.

Im Juli 1970 endlich - nach den Landtagswahlen, entschließt man sich zu einem härteren Eingriff, dem Konjunkturzuschlag zur Einkommens- und Lohnsteuer. Dessen Signalwirkung wird jedoch wiederum durch die Ankündigung eines Rekordhaushaltes für 1971 abgeschwächt. Eine mögliche Aufteilung in ordentlichen und Eventual-Haushalt wird unterlassen. Es folgen zunehmender Anstieg der Lebenshaltungskosten und hohe Dollarzuflüsse, vor allem erzwungen durch billigere Euro-Dollar-kredite für die Groß-Wirtschaft.

Im Mai 1971 kommt die sozial-liberale Regierung endlich zu der Einsicht, daß die Kasse nicht mehr stimmt und damit die groß propagierten Reformvorhaben illusorisch werden und die Inflation, die man selbst für hausgemacht erklärt hatte inzwischen "trabt". Nun erfolgt der Trick mit der Uhr. Bundeswirtschaftsminister Schiller provoziert durch die von ihm als nützlich bezeichnete gutachtliche Äußerung von vier wirtschafts-wissenschaftlichen Instituten, die eine fließende Aufwertung empfehlen - die Spekulation. Sie schwemmt uns in 36 Stunden Dollars im Wert von 6 1/2 Mrd. DM in die Bundesbank. Man schließt die Devisenbörse und rühmt sich der Tat. Man schlägt Alarm in Brüssel und bringt dort angesichts der "akuten Notlage" einen nur halb verständlichen Beschluß zustande, der der Bundesrepublik ermöglicht, zunächst einmal den Kurs der DM freizuhalten, später aber verlangt, wieder auf die alte Parität zurückzukehren.

### Ergebnis ?

1. Der Schillertrick gegenüber dem Publikum ist scheinbar gelungen. Man beginnt zu glauben, "die anderen" seien schuld: Die USA, deren Dollar schwach sei und die westlichen Nachbarländer, die die Inflation nicht genügend bekämpft haben. So macht man glauben: "wir können keine Stabilitätsinsel sein".
2. Der Währungsmarkt ist ohne Orientierung. Die Quasi-Aufwertung schwankt zwischen 3,5 und 4,5 %. Der Außenhandel und die Wirtschaft sind in ihren Gewinnerwartungen und damit in ihren Investitionsplänen verunsichert. Damit ist das weitere Wachstum ernsthaft gefährdet.
3. Das Klima zwischen uns und unseren Partnerländern im Westen ist wesentlich verschlechtert. Wir haben unsere am 22. März im Rat der EWG-Minister gegebene Zusage, ab 15. Juni die Bandbreiten der Währung zu verringern, gebrochen und Frankreich hat seine Mitarbeit im Stufenplan zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion erst einmal aufgekündigt. Frankreich rückt zumindest psychologisch Großbritannien näher, wie die Beitrittsverhandlungen es zeigen.
4. Die Spekulanten glauben nicht an eine Rückkehr zur alten Parität und bleiben in der DM. Industrie- und Handel fürchten eine Aufwertung wegen der Wettbewerbsverschlechterung gegenüber dem Ausland, insbesondere des Exportrückgangs, der zu erwarten ist. Womit sich die Gefahr rezessiver Entwicklung erhöht.
5. Die Preisentwicklung - getrieben vom Lohn- und Kostenauftrieb - bleibt kurzfristig unbeeinflusst.
6. Der Finanzminister ist gegangen. Alles hängt nun von einem Mann ab, der die Hauptschuld daran trägt, daß die Stabilität verloren ging. Nun will er gewissermaßen von außen mit schwerem Geschütz auf unsere eigene Wirtschaft schießen, um so die Tarifpartner, denen gegenüber man es bisher an Autorität fehlen ließ, zu disziplinieren.

## Fazit:

Die soziale Marktwirtschaft ist keine Flagge, die man kaufen und auf jedem Schiff aufziehen kann und unter der man im übrigen überall hinfahren kann. Sie ist vielmehr ein Ordnungssystem, in dem die Stabilität der Währung unverzichtbare Grundvoraussetzung für ihre Hauptziele optimales Wachstum, Vollbeschäftigung und Freiheit sind.

Karl Schiller hat es 1 1/2 Jahre an Autorität bei seiner eigenen Partei und den Tarifpartnern gefehlt. Nun hat er sich eine doppelte Kompetenz übertragen lassen. Wird sich nun die Autorität einstellen, oder hat der Griff in die Trickkiste nicht schon erwiesen, daß es hier an mehr mangelt als an Kompetenz nämlich an Maß und Verantwortungsbewußtsein für das Amt, so daß uns nur noch der Zufall helfen kann?

## ZUM TODE VON PROF. WALDEMAR BESSON

---

Gerhard Schröder

Ich werde den Tag nicht vergessen, an dem er mir erzählte, sein Buch "Die Außenpolitik der Bundesrepublik" werde in Kürze erscheinen. Inzwischen liegt es vor und wird viel besprochen. Es hat jenen Glanz der Darstellung und jene Unabhängigkeit der Meinung, die Waldemar Besson auszeichneten. Was er uns gegeben hat, wird unverlierbar bleiben. Von seinem weiteren Wirken hatten wir uns Großes versprochen. Ich denke an den Hochschullehrer, den politische Leidenschaft beseelte. Ich denke an die wissenschaftliche Arbeit im Rahmen der Gesellschaft für Auswärtige Politik. Ich beklage die große Lücke, die sein früher Tod in der gerade errichteten Außenpolitischen Kommission der Christlich-Demokratischen Union gerissen hat.

Unser Land hat es schwer in mehrfacher Beziehung. Es hat die für die Gegenwart richtigen Maßstäbe gegenüber der Vergangenheit noch nicht gefunden. Es hat seinen Weg, vor allem die Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft erst in Anfängen verwirklicht. Die Probleme seiner Teilung gehen beinahe über das Verstehenkönnen hinaus. Die Methoden der Überwindung der Teilung sind noch höchst unvollkommen, bestenfalls sind sie in einem tastenden Ansatz. Dies ist eine Zeit, in der die politisch Handelnden und politisch Verantwortlichen Rat und Hilfe, Kritik und Ermunterung brauchen. Das setzt Nähe, Einfühlung und Verständnis voraus. Sie gehörten zu Waldemar Besson's besonderen Gaben.

Mich hat die Todesnachricht wie ein schwerer persönlicher Verlust getroffen. Zwischen Waldemar Besson und mir und anderen war der Grund gelegt für eine Zusammenarbeit, auf der sich Hoffnungen aufbauten. Jetzt gilt es vor allem, sein schriftliches Vermächtnis auszuschöpfen. Wir werden das tun in Gedenken an einen Mann, der uns viel gegeben hat. Er hat unser Land geliebt. Er hat an seine bessere Zukunft geglaubt. Sein kritischer Verstand, seine spontane Zuneigung und seine wache Aktivität, die er auch dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU zur Verfügung stellte, werden uns begleiten.

## WAS KÖNNEN WIR GEGEN DIE RAUSCH- UND SUCHTWELLE TUN?

Rudolf Affemann

Müssen wir überhaupt etwas gegen die Rausch- und Suchtwelle tun? Werden sich jene Mittel nicht genau so abnutzen wie die Konsumware Sex der Massenmedien? Reicht es nicht, in Ruhe abzuwarten, bis jene Welle vererbt ist? Sind nicht die ersten Anzeichen bereits zu beobachten, daß Haschisch seine Anziehung verliert?

Gewiß, bei einer nicht zu kleinen Zahl von Haschischkonsumenten hat sich dieser Stoff bereits verbraucht. Die Folge war jedoch nicht, daß sie nach dem Ausflug in die Scheinwelt des Haschischerlebens in die bürgerliche Gesellschaft zurückkehrten. Die meisten von ihnen haben sich so stark an das Leben in der Pseudorealität gewöhnt, daß sie zu härteren Drogen griffen. Sie spritzen sich heute vor allem Opiate. Damit jedoch werden sie süchtig mit allen sozialen, seelischen, vor allem aber körperlichen Folgen. Die Rauschwelle beginnt also z.Zt. die Suchtwelle nach sich zu ziehen. Es wird damit gerechnet, daß die Bundesrepublik Ende dieses Jahres etwa 100 000 Frühinvaliden durch Suchtmittel haben wird. Während in den Großstädten die Rauschwelle in die Suchtwelle hinüberführt, breitet sich die Rauschwelle auf dem flachen Lande aus. Mit einer entsprechenden Phasenverschiebung wird auch hier Sucht die Folge sein. Selbst wenn die Suchtwelle in einigen Jahren abklingen sollte, würde sie hunderttausende von jugendlichen Invaliden zurücklassen. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß sich die Suchtwelle wie eine Mode, welche überholt ist, verläuft. Denn bis jetzt geschieht kaum etwas, um die Ursachen, welche für Rausch und Sucht anfällig machen, zu überwinden.

Was sind die Gründe für Anfälligkeit gegenüber Rausch- und Suchtmitteln? Als wichtigste Motive teilen drogenabhängige junge Menschen mit: Sie empfinden ihr Leben ohne den Rausch der Drogen als sinnlos. Sie sehen föglicherweise keine Veranlassung auf Lust, Erleben, Lebensgefühl und Leben aus dem Rausch zu verzichten. Sie haben gar nicht das Gefühl, überhaupt zu leben. In ihnen ist es öde und leer. Dem Psychotherapeuten sind diese Aussagen bekannt. Er weiß aus Angaben von Suchtkranken schon lange, bevor die Suchtwelle auftrat, daß Süchtige mit dem Suchtmittel eine schwere untergründige Depression zudecken. Einen wichtigen Bestandteil der Depression finden wir auch in den Motiven zum Drogengebrauch Süchtiger, ebenso wie in den Auskünften vieler junger Menschen überhaupt: die Isolation, die Einsamkeit, die Kommunikationsunfähigkeit.

Die Persönlichkeitsentwicklung des Süchtigen blieb in den Anfängen ste. Er befindet sich nicht in einem Prozeß der Selbstentfaltung. Bei ihm trat also ein Lebensverlust ein, der sich in einem unerträglichen Gefühl von Leere, Angst, Sinnlosigkeit, Orientierungslosigkeit ausdrückt. Die Ursachen dieses Mangels an Selbstwertung liegen - neben der Prägung des Jugendlichen durch die Konsumwelt - in einem Versagen der Personen, die für die Selbstfindung des jungen Menschen zuständig und verantwortlich sind. In erster Linie sind zu nennen: Eltern, staatliche Erziehungsträger, Kirche. In den frühkindlichen Beziehungen zwischen Eltern und Kind entwickelt sich die Psyche des Kindes. Jene Beziehungen waren bei den später Süchtigen in der Regel zu äußerlich und oberflächlich. Weil Eltern und Kinder zu wenig Gemeinschaft hatten, wurde die Fähigkeit des Jugendlichen zur Gemeinschaftsbildung gestört. In den späteren Bildungsstätten kam es im allgemeinen auch nicht zu personalen Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden. In unserer Bildung geschieht überwiegend unpersönliche Information. Entsprechend wenig trägt diese Bildung zur Reifung bei.

Außerdem sind personale Beziehungen in den Großgruppen unserer Bildungssysteme kaum möglich. Schließlich verstanden es die Kirchen nicht, jenen jungen Leuten ein sinnerfülltes Leben, das Orientierung und Richtung aufweist, nahezubringen.

Die bisher gegen Rausch und Sucht ergriffenen Maßnahmen helfen wenig. Aufklärung und Beratung verhelfen nicht zum Leben. Nur durch zwischenmenschliche Beziehungen, die eine Nachreife in Gang bringen, ist dem Süchtigen von Grund auf geholfen. Dazu aber bräuchten wir eine große Zahl von Sozialarbeitern, die über solide Kenntnisse und Fähigkeiten auf den Gebieten Tiefenpsychologie und Gruppendynamik verfügen. Wie viele Sozialarbeiter gibt es, die mittels Gruppentherapie jene Veränderungen bei Süchtigen einleiten? Ferner wären zu einer gründlichen Therapie jener Suchtkranken Psychotherapeuten nötig. Die bisher ausgebildeten Psychotherapeuten sind jedoch, auch ohne die Behandlung jugendlicher Süchtiger - bereits überbeschäftigt. Ohne tiefgreifende Hilfe aber neigen entwöhnte Süchtige zu Rückfällen - es sei denn, sie ersetzen das Kompensationsmittel Droge durch Ideologien und finden Zuflucht in sie tragenden Kommunen. Das geschieht beispielsweise in den Releasezentren. Auch der Austausch von Droge durch östliche Geistigkeit, Yogatechniken bei gleichzeitiger Aufnahme in entsprechende Lebensgemeinschaften ist möglich.

Also müssen die notwendigen Fachleute ausgebildet werden. Bis diese Fachkräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, müssen wir uns mit Symptomtherapie behelfen. Vor allem aber muß durch eine Präventivpädagogik verhindert werden, daß die Menge der Suchtdisponierten noch mehr zunimmt. Durch eine entsprechende Erziehung der Erzieher ist den Eltern zu der Erziehung zu verhelfen, die ihre Kinder zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit brauchen. Eine große Aufgabe stellt sich den Erziehern der staatlichen Bildungsinstitutionen. Das Konzept einer personalen Pädagogik ist zu entwickeln und von ihnen zu verwirklichen. Das bedingt natürlich eine entsprechende Ausbildung und Fortbildung. Diese Überlegungen scheinen kaum realisierbar zu sein. Wenn uns aber die neue Zentrierung von Bildung in Familie und Schule nicht gelingt, werden sich die Hohlräume im Menschen unserer Zeit vergrößern und mehren. In Vakuen können Drogen ebenso einströmen wie Ideologien. Diese aber lösen leicht für Gesellschaft und Staat gefährliche Massenbewegungen aus.

## VOM ETHOS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER POLITIK

Klaus Krüger

Spätestens seit den Tagen eines Niccolò Machiavelli sind Staat und Politik in ein unauslöschliches ethisches Zwielficht geraten. Die ethische Doppelwertigkeit und Doppelgesichtigkeit von Staat, Macht und Herrschaft wurde jedermann bewußt, der Augen und Ohren vor der Wirklichkeit des Staates und dem "politischen Geschäft" nicht verschloß. Das moderne Staatswesen jeder Schattierung mit seinen mehr oder weniger oligarchischen und autoritären Herrschaftsstrukturen hat den Staat überhaupt in Mißkredit gebracht. Und im politischen Alltag prägen bis heute

Taktik, Finesse, Opportunismus, Heuchelei, ja Intrige als hervorstechende Züge das Bild des Politischen. Dieses Bild überschattet auch den Charakter einer sog. "christlichen Politik" und stellt deren Glaubwürdigkeit in Frage. Auch eine sog. "christliche Politik" unterliegt der Eigengesetzlichkeit des Politischen, auch sie steht im Spannungsfeld seiner ethischen Doppelgesichtigkeit. Darum nun aber sogleich und ausschließlich Politik als kleinkarierten Interessenhandel, als Zwang zum Egoismus oder gar als "schmutziges Geschäft" abzuqualifizieren, geht nichtsdestoweniger am Wesen und Sinn des Politischen vorbei. Denn werden die Aktiva in der politischen Bilanz gewöhnlich auch übersehen, so gilt doch für jede Politik, die diesen Namen verdient, daß sie als der auf die Zukunft gerichtete Wille zur Gestaltung von Wirklichkeit und Geschichte zu den bedeutendsten geistigen Funktionen des Lebens zählt. Politik ist schöpferisch und gestaltend - oder sollte es doch wenigstens sein. Sie ist ein schöpferischer Entwurf, ein in die Zukunft geworfener Vorwurf. Ohne das schöpferische Moment versinkt jede Politik in kürzester Frist nicht nur in Sterilität und Stagnation, sie gibt sich selbst auf, wird zu "geistloser" Verwaltung und Organisation. Die Herrschaft von Bürokratie und Technokratie wäre unvermeidlich. Vor diesem Hintergrund treten der Mensch und sein Schicksal ins Zentrum jeder schöpferischen und verantwortungsbewußten Politik. Das Verständnis des Menschen ist Motivation und Zielvorstellung des politischen Denkens und Handelns, genauer: das Bild vom Menschen und der menschlichen Gesellschaft und der Wille zu seiner Realisierung bestimmen - wenigstens auf der Ebene der politischen Strategie - die Richtung des politischen Handelns. An der anthropologischen Vorentscheidung sind die politische Zielsetzung und somit indirekt auch die Einzel- bzw. Sachentscheidung orientiert. Politik als ein sich auf Entscheidung gründendes Handeln schafft die Bedingungen und Voraussetzungen zur Ermöglichung und Entfaltung menschlicher Existenz durch Ausüben von Macht, die im Dienst am Menschen und der Gemeinschaft zugleich Rechtfertigung und Begrenzung erfährt. Als angespanntes Bemühen um eine gesicherte Ordnung menschlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens zur Durchsetzung und Verwirklichung gemeinsamer Aufgaben zeigt die Physiognomie des Politischen einen unübersehbaren ethischen Zug. Politik lebt in und aus der Spannung von "Amoralität" und ethischer Zielsetzung und Motivation. Auch eine sog. "christliche Politik" trägt diesen Januskopf auf ihren Schultern. Auch sie steht mit Klarheit und Bewußtsein im Koordinatensystem der politischen Logik, partizipiert an den Grundgesetzen des Politischen, allerdings im ernsthaften Bemühen um deren Korrektur. Ihr Weg markiert den schmalen Grat zwischen reinem Pragmatismus und starrer, wirklichkeitsfremder Ideologie. Möglichkeit, Inhalt und Verständnis einer sog. "christlichen Politik" werden damit zur Frage.

"Christliche Politik" versteht sich nicht als ein politisches Handeln, das sich auf bestimmte biblische Aussagen als eine Art Norm und kanonische Richtschnur stützt oder das aufgrund einer bestimmten neutestamentlichen Ethik (beispielsweise der Bergpredigt) ein politisches Programm zur Bewältigung der Probleme des 20. Jahrhundert entwirft. "Christliche Politik" kann nicht mit dem Neuen Testament als Programm betrieben werden, sondern bestenfalls im Licht eines christlichen Existenz- und Wirklichkeitsverständnisses. Instrument und Richtschnur der politischen Entscheidung ist und bleibt auch für sie, wie für jede andere politische Richtung und Bewegung, die praktische, politische Vernunft. Streng genommen, kann es daher weder ein christliches Parteiprogramm noch eine

"christliche Politik" geben, sondern nur politisch denkende und handelnde Christen, die sich aus der Sicht ihres Existenz- und Wirklichkeitsverständnisses für den politischen Raum verantwortlich wissen. "Christliche Politik" meint nichts anderes als das politische Handeln der Christen. Die geschichtliche Wirklichkeit verlangt nach menschenwürdiger Gestaltung, nach Formen, Ordnungen, Normen, die der herausgehobenen Stellung und der besonderen Situation des Menschen in der Welt gerecht werden. Im politischen Handeln stellt sich der Christ diesen Herausforderungen der Geschichte. Christlicher Existenzvollzug und politisches Denken und Handeln sind für ihn die beiden Kehrseiten einer Medaille. Allein in diesem Horizont vermag sich der Anspruch einer christlich-demokratischen Politik zu legitimieren.

Was diese von anderen politischen Richtungen unterscheidet, sind weniger einzelne Zielvorstellungen und Resultate des politischen Handelns als vielmehr die Motivation und der Horizont, in dem Politik gesehen wird und an dem die politischen Grundsatzentscheidungen orientiert sind. Trotz ihres unverkennbaren Universalismus im Bemühen um eine gerechte Weltfriedensordnung betreibt christlich-demokratische Politik keine Missionierung oder Christianisierung der Gesellschaft, "keine Bekehrung mit Feuer und Schwert". Ihr Weg markiert die Mitte zwischen Weltflucht und politischem Schwärmertum. Christlich-demokratische Politik überspringt nicht die Geschichte, hält sich vielmehr, um nicht einem geschichtsfremden Utopismus zu erliegen, an das geschichtlich Gewordene, an die Vorgegebenheiten der Geschichte, ohne diesen das Prädikat des Endgültigen zu verleihen. Sie erstrebt den Aufbau einer freiheitlichen, gerechten, menschenwürdigen und menschendienlichen Ordnung, in der jedes Selbstverständnis, jede Existenz Raum zur Verwirklichung findet. Christlich-demokratische Politik bejaht den existentiellen und geistigen Pluralismus und anerkennt die Vielfalt und Mannigfaltigkeit der sozialen Gegensätze, den kämpferischen Widerstreit der Interessen. Diese Haltung ist ihr Begriff von Toleranz, einer Toleranz, die den Anderen und das Andere gerade in seinem Anderssein achtet und bejaht. Ihrem Selbstverständnis nach begeht eine christlich-demokratische Politik den Weg der Mitte zwischen Anarchie und Chaos auf der einen, Gewalt und totalitärem Ordnungsdenken auf der anderen Seite. Mit ihrem universalen Anspruch und ihrem auf die Gestaltung von Geschichte und Wirklichkeit gerichteten Willen dient sie so der Humanisierung des Lebens und der Emanzipation des Menschen.

#### KURZ NOTIERT:

Die traditionelle Großveranstaltung des evangelischen Kirchenkreises Essen-Mitte zum Reformationstag (31. Oktober) soll in diesem Jahr erstmals im Zeichen des ökumenischen Dialogs stehen. Statt der bisher üblichen Einzelvorträge, die früher u.a. von dem jetzigen Bundespräsidenten D. Dr. Gustav Heinemann oder den Theologie-Professoren D. Helmut Thielicke (Hamburg) und D. Helmut Gollwitzer (Berlin) gehalten worden sind, ist für dieses Jahr ein Gespräch zwischen dem katholischen "Ruhrbischof" Dr. Franz Hengsbach (Essen) und Präses i.R. Prof. D. Dr. Joachim Beckmann (Düsseldorf) vorgesehen.

Hans Evers

Unser gesellschaftspolitisches Bewußtsein verändert sich. Alte Beurteilungskriterien verlieren an Bedeutung, neue treten an ihre Stelle. Wir sind auf dem Wege in eine andere Gesellschaftsordnung. Es gibt viele Erklärungen dafür, warum dies eine Zeit des Umbruchs ist, trotzdem bleibt fraglich, ob wir heute schon in der Lage sind, die entscheidenden Ursachen analysieren zu können. Eine abschließende Aussage darüber, welche Form und Struktur die Gesellschaft der Zukunft haben wird, ist sicher nicht möglich. Formierte Gesellschaft (Erhard), New Frontier (Kennedy), Great Society (Johnson) und Participation (de Gaulle) sind Schlagworte geblieben, Schlagworte der alten Welt, denen die angeblich neue Welt eine große Zahl von eingängigen aber ebenso leeren Formeln gegenüber stellen kann.

So ungewiß eine zukünftige Gesellschaftsordnung sein mag, so gewiß liegt es in unserem Vermögen, einzelne Entwicklungslinien zu erkennen, partielle Aussagen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu machen, bestimmte Varianten auszuschließen. Irgend wann einmal werden sie sich zu einem Gesamtbild zusammenfügen. Für das Verhältnis von Sport und Gesellschaftspolitik gilt folgendes:

1. Es wird weniger körperliche Arbeit geleistet als früher.
2. Der abnehmenden physischen Belastung durch Berufstätigkeit und Hausarbeit steht eine zunehmende psychische Belastung gegenüber.
3. Die Arbeitszeit wird kürzer, der Freizeitraum dehnt sich aus.
4. Die Belastungen durch Umweltprobleme werden größer.
5. Manipulationsbedürfnis und Manipulationsmöglichkeit haben in der Freizeitgesellschaft steigende Tendenz. Der individuelle Freiheitsraum kann durch sie eingeengt werden.

Als Folge dieser scheinbar divergierenden Gesichtspunkte läßt sich eine wachsende Bedeutung des Sports vermuten, begründen und rechtfertigen. Sie ergibt sich als Ersatz für die geringere körperliche Beanspruchung ebenso wie als Ausgleich für die zunehmende psychische Belastung und zur Abmilderung schädlicher Umwelteinflüsse. Mehr Freizeit verstärkt die Möglichkeit und die Notwendigkeit der sportlichen Betätigung bei gleichzeitiger Gewährleistung einer individuellen Freizeitgestaltung. Auch der Sport braucht aber neue Leitbilder und eine neue Einstellung zu sich selbst.

Wir sprechen heute nicht mehr davon, daß Turnen und Leibesübungen vaterländische Aufgaben mit dem Ziele der Leibesertüchtigung und der Stärkung des Wehrwillens seien, aber die großen und kleinen Nationalismen auf sportlicher Ebene sind noch lange nicht überwunden. In zeitgemäßer Auffassung und durchaus gegensätzlich meinen wir zwar, daß Sport einer der Anlässe für internationale Begegnungen ist, der hilft, nationale Gegensätze zu überwinden, aber können wir dessen wirklich sicher sein?

Wir behaupten, daß Leistungssport und Breitensport sich ergänzen sollen, laß ersterer Ziel und Ansporn für Breitensportler, dieser die Grundlage für den Leistungssport ist, aber können wir dieses Verhältnis wirklich als gewährleistet unterstellen? Eine befriedigende Definition des Amateurbegriffs ist jedenfalls bisher nicht gefunden worden und der mit staatlicher Hilfe gezüchtete Spitzensportler ist nicht für alle ein erstrebenswertes Vorbild. Man kann durch den Sport ideellen und materiellen Nutzen erzielen, als Leistungssportler ebenso wie als Manager; unsere Gesellschaft ist bereit, für sportliche Gladiatoren große Beträge aufzuwenden, aber an der Basis, von der dies alles ausgehen müßte, fehlt es an mancher elementaren Voraussetzung. Das gilt für den Schulsport ebenso wie für den Vereinssport.

Insbesondere der Vereinssport ist vom Idealismus weniger Mitglieder abhängig und in seinen Entwicklungsmöglichkeiten durch eine Steuergesetzgebung eingeengt, die noch auf den Staatssport ausgerichtet ist und der gesellschaftspolitischen Funktion unserer Vereine nicht Rechnung trägt.

Wir wollen keinen staatlich gelenkten Sport, aber wir wissen, daß nahezu jede sportliche Betätigung die finanzielle Hilfe des Staates, d.h. der Allgemeinheit oder, mit anderen Worten, die finanzielle Hilfe der Nicht-Sporttreibenden voraussetzt. Zuwendungen der öffentlichen Hand, meist der Gemeinden, gleichen mit im Einzelfall unterschiedlicher Quantität aus, was der Staat auf der anderen Seite aus der sportlichen Aktivität abschöpft. Eine zeitgemäßere Steuergesetzgebung ist deshalb notwendig, aber sie reicht nicht aus.

Vereinsmitglieder stellen heute ihre Vereinsmitgliedschaft oft unter wirtschaftliche Kriterien. Vereinsleistung und eigener Aufwand durch Mitgliedsbeiträge werden gegenüber gestellt. Dabei ist immer noch der Minimalbeitrag aus früheren Zeiten bewußte oder unbewußte Orientierungshilfe. Mitgliedsbeiträge von 5 bis 10 DM pro Person und Monat gelten auch bei Vorhandensein vereinseigener Anlagen als indiskutabel, Familienbeiträge von 30 DM im Monat als unsozial.

Man wird das überdenken müssen. Ist die Möglichkeit der sportlichen Betätigung für eine vierköpfige Familie innerhalb des Familienbudgets wirklich weniger wichtig als die Garage für den Wagen; ist es richtig, an diesem Betrag zu sparen, wenn man gleichviel ohne Kritik für Zigaretten oder Alkohol aufwendet? Warum verlangen wir für unsere gesundheitsfördernde Freizeitgestaltung staatliche Subventionen, während wir für die individuelle Gesundheitsschädigung bereit sind, hohe Steuern zu entrichten?

Unser Verhältnis zum Staat ist wahrscheinlich die entscheidende Komponente der zukünftigen Gesellschaftsordnung. Alle Züge scheinen heute das Fahrtziel "Mehr Staat" an ihrer Stirnseite zu tragen. Jeder ruft nach ihm, am lautesten diejenigen, die vorgeben, den Staat abschaffen zu wollen. Jeder beansprucht seine Hilfe und manche sind sogar bereit, dem Staat die materiellen Voraussetzungen für eine stärkere Aktivität in Form höherer Steuern zu geben.

Ich glaube nicht, daß dieser Weg gut ist; in der Sportpolitik so wenig wie in der Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik. Staat, das sind immer die anderen, jedenfalls in einer Zeit, in der niemand bereit ist, sich

mit dem Staat zu identifizieren. Wo der Staat materielle oder administrative Hilfe gibt, da behält er sich ein Mitspracherecht durch seine Funktionäre vor. Mitsprache des Staates bedeutet zwar weniger eigene Verantwortung, aber auch weniger eigene Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeit; weniger Sorgen, aber auch weniger Freiheit.

Der Sport ist in der westlichen Welt vielleicht der letzte große gesellschaftspolitische Bereich, in dem staatliche Lenkung von fast allen mit Entschiedenheit abgelehnt wird. Trotzdem ist der staatliche Einfluß auch im Sport bereits entmutigend groß. Wir legen uns nur nicht immer selbstkritisch genug Rechenschaft darüber ab und wir sind offenbar noch nicht bereit, die Belastungen freiwillig und individuell gezielt auf uns zu nehmen, die gleichbedeutend sind mit mehr Unabhängigkeit und weniger staatlichem Zwang.

In dieser Situation ergibt sich eine doppelte gesellschaftspolitische Funktion des Sports. Der Sport hat die Aufgabe,

1. Ausgleich zu sein für wachsende Belastungen und sinnvolle, entspannende Betätigungsmöglichkeit innerhalb des persönlichen Freizeitraumes und
2. Vorbild zu sein in einem gesellschaftspolitischen Bereich, der dem scheinbar schicksalhaften Zwang zu immer mehr Staat und immer weniger individueller Gestaltungsmöglichkeit den Gedanken der Selbstverwaltung, Eigenverantwortung und der nicht materiell ausgerichteten Betätigung entgegensetzt.

LESERBRIEFE +)

### DER CHRIST IM STAAT

Eine Betrachtung dieser Frage hat davon auszugehen, daß für christliches Denken die Einsetzung des Staates auf göttlichem Willen beruht. Auch die Staatstheorien der Neuzeit sind von dem früheren theologisch-philosophischen Ansatz nicht gänzlich zu trennen.

So sprechen im Anschluß an die Staats-Mythologie die philosophischen Systeme der Antike von dem ewigen Weltgesetz, dem Logos, der im späteren Christentum - vgl. den Anfang des Johannes-Evangeliums - im Hinblick auf das Alte Testament so verstanden wurde, daß die ganze Schöpfung, also auch Staat und Gesellschaft, durch das im Sohn Gottes geoffenbarte Wort (=Logos) in Erscheinung trat und im Dasein erhalten wird. - Aristoteles und später Thomas von Aquin führten den Ursprung des Staates auf den menschlichen Gesellschaftstrieb zurück, der seinerseits in der natürlichen Ordnung bzw. im göttlichen Willen ruht. - Luther sah den Staat schließlich als eine durch göttlichen Willen infolge des regierenden Vorzeichens des Sündenfalles anstelle der ursprünglichen Schöpfungsordnung getretene Notverordnung an.

Für das Frühchristentum gab es - laut Neuem Testament - wenige, aber grundsätzliche Richtlinien für das Verhältnis zum Staat:

- +) Die hier wiedergegebene Ansicht braucht nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinzustimmen.

Einerseits die Anerkennung des Staates als eine von Gott gewollte Einrichtung. So Christus vor Pilatus: "Du hättest keine Macht über mich, wenn sie Dir nicht wäre von oben herabgegeben" (Joh. 19,11), dazu der Kommentar des Paulus in seinem Brief an die Römer, Kap. 13,1ff, ferner Petrus 2, 13ff und Matthäus 22, 15ff. Andererseits der Zusammenprall der überirdischen Macht Christi mit der Staatsautorität. Wiederum Christus vor Pilatus: "Mein Reich ist nicht von dieser Welt" (Joh. 18,36) ; insbesondere ist auch hinzuweisen auf Offb. 13, wo das Abgründig-Dämonische der entarteten Staatsmacht geschildert wird.

Im Hinblick auf den Römerbrief des Paulus, in dem gefordert wird, daß jedermann der Obrigkeit untertan sein soll, die Gewalt über ihn hat (vgl. Kap. 13,1ff), wird man allgemein sagen können, daß dies die grundlegende und von den Christen befolgte Anweisung für das Verhalten dem Staat gegenüber ist.

Allerdings hat es auch im Frühchristentum gegenüber dem heidnischen römischen Staat eine deutliche und mit Tragik verbundene Grenze gegeben, denn der Staats- und Kaiserkult mußte verweigert werden. Damit machten sich die damaligen Christen des Majestätsverbrechens "schuldig". Die Religion war als ius sacrum Teil des öffentlichen Rechts, der Kaiser war Pontifex Maximus und beanspruchte kultische Verehrung; daher verfielen jene Christen der Todesstrafe, wenn sie unter Anklage kamen. Kaiserliche Edikte führten mehrfach zu Christenverfolgungen, so unter Nero (54 - 68), Decius (249 - 251) und Diokletian (284 - 305).

Was ist daraus zu folgern? "Wenn jede Obrigkeit von Gott ist, so kann das nicht bedeuten, daß dem Christen nun auch jedes politische System gleich recht sein könnte. Es gibt auch pervertierte Obrigkeit ... Die pervertierte Obrigkeit liegt überall da vor, wo sie als ideologische Tyrannis total wird, wo sie also ein Bekenntnis fordert und die Seelen beschlagnahmt" (H. Thielicke). - Man wird nun jeweils zu prüfen haben, inwieweit auch unter pervertierter 'Obrigkeit' noch ein Ordnungs-Rest vorhanden ist, der um des Gemeinwohles willen respektiert werden muß. Insofern wäre ein ideologiefreier Raum der Sachlichkeit gewahrt, was jedoch nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß jede Existenz unter einem totalen bzw. tyrannischen System zu einer 'Existenz im Kompromiß' (Thielicke) wird.

Ob und wann gegenüber dem auf Gewalt gegründeten Unrechtsstaat, der seine Ordnung grundsätzlich nicht nach dem sittlichen Wollen seiner Bürger gestaltet, Widerstand erlaubt oder gar geboten ist, kann nicht vom "grünen Tisch" aus entschieden werden, es handelt sich um eine Gewissensfrage, und jeder einzelne hätte vor seinem Gewissen zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die von Paulus geforderte Gehorsamspflicht endet. (Es wäre in diesem Zusammenhang wichtig zu untersuchen, ob der Gehorsam in erster Linie gegenüber dem Amt oder auch gegenüber der das Amt bekleidenden Person gefordert ist.) Jedenfalls kann die Situation eintreten, wo Gott mehr zu gehorchen ist als den Menschen. - Schließlich sollte man auch einen Aurelius Augustinus nicht vergessen, der deutlich sagte, daß dort wo der Staat seine Gesetze nicht auf Gottes Gebot bezieht, auch seine Tugenden nur glänzende Laster sind.

Ein anderes Problem ist die Wertung des Begriffs 'Obrigkeit' hinsichtlich der Struktur des modernen Staates. Man mag darüber streiten, was

genau mit 'exousia' oder 'potestas' in Römer 13 gemeint ist (vielleicht spräche man hinfort richtiger von 'übergeordneten Mächten'), entscheidend ist, mit welchem Inhalt wir den Begriff füllen. Die Obrigkeit oder gar auch die 'christliche' Obrigkeit mit dem Leitbild des Landesvaters, des Fürsten 'von Gottes Gnaden', dessen Konfession nach dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 entsprechend dem Grundsatz 'Cuius regio eius religio' für die Untertanen maßgebend war, gehört der Vergangenheit an. Aber die 'übergeordneten Mächte' sind geblieben. Wenn in den modernen Demokratien laut Verfassung alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, so sind sich namhafte Theologen beider Konfessionen - die Staatslehre schließt das nicht aus - darin einig, daß auch der freiheitliche Rechtsstaat, ebenso wie der frühere Obrigkeitsstaat, metaphysischen Ursprung hat, der darin gegeben ist, daß die Staatlichkeit für die Ordnung des menschlichen Zusammenlebens unerlässlich und somit, in welcher staatsrechtlichen Form auch immer, als gottgewollte Institution zu verstehen ist. Theologische Äußerungen sprechen davon, daß die Demokratie nur eine der legitimen Spielarten sei, innerhalb deren die Staatlichkeit Form gewinnen könne.

Für die Kirche ist, was die Praxis betrifft, damit ein völlig neues Faktum insofern gegeben, als das mündig gewordene Volk weit mehr in Rechnung gestellt werden muß. Die Predigt an das 'Reich der Linken', die sich früher vorwiegend an die Regierenden wendete, muß heute auch an das Staatsvolk gerichtet werden, durch dessen Wahlakt die staatliche Autorität legitim wird.

Dies bedeutet insbesondere für den Christen als Staatsbürger, daß er sich den politischen Fragen im weitesten Sinne des Wortes öffnet und ggf. auch dadurch Verantwortung wahrnimmt, daß er bereit ist, das politische Amt zu übernehmen.

Zur politischen Willensbildung sind in der Bundesrepublik, nach der Verfassung, die politischen Parteien berufen. Bei der weitgehend weltanschaulichen Grundlage unserer Parteien wird es für die Entscheidung des einzelnen wichtig sein, auf die Motivation der politischen Aktion zu achten. Wenn es der Sache nach nicht die christliche Politik geben kann, so interessiert doch, was bei den verschiedenen politischen Gruppierungen hinter der Politik steht, das nämlich, was man vielleicht als das Meta-Politische bezeichnen kann. Hier die Geister zu prüfen, sollte für die christlichen Staatsbürger um einer verpflichtenden Gemeinsamkeit willen unerlässlich sein.

Karl Fuchs, 5226 Reichshof 11

## DIE AUFGABEN DES CHRISTEN IN POLITIK UND STAAT HEUTE

### Der Christ: Bürger zweier Welten

Nach der Lehre des Neuen Testaments sind wir als Christen Bürger zweier Welten. Am deutlichsten wird dies in dem bekannten Jesuwort aus Matth. 22: "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist". Demnach steht der Christ als Kind Gottes und Erbe seines himmlischen Reiches mitten in der Welt von heute und hat hier seine Aufgaben dem Staat gegenüber treu zu erfüllen.

Wenn wir also unseren Pflichten in der Welt nachkommen, dann dienen wir nicht zwei Herren, wie es in Matth. 6,24 gerügt wird, sondern tun ganz eindeutig den Willen Gottes.

## Christliche Staats-Theorie

Im Neuen Testament findet sich weder das Wort "Staat", noch wird irgendwo eine bestimmte Staats-Theorie entwickelt. Beiläufige Äußerungen über den Staat und das Verhältnis der Christen dazu beziehen sich lediglich auf die gegebenen Machtverhältnisse innerhalb des römischen Weltreiches. Eine christliche Staats-Theorie kann man deshalb nicht von einzelnen Versen her ableiten; vielmehr muß man von den Grundsätzen der gesamten neutestamentlichen Ethik ausgehen. Danach sind z.B. Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit innerhalb der menschlichen Gemeinschaft zu erstreben.

In der Welt heute ermöglicht die parlamentarische Demokratie als Grundlage der politischen Ordnung ein Höchstmaß an diesen Werten.

## Christ und Politik

Eine Demokratie braucht Bürger, die bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen, um ein wirkliches Höchstmaß an Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu erreichen. Unsere Pflichten dem Staat gegenüber bedeuten also aktives politisches Engagement. Das jedenfalls ergibt sich, wenn wir den Ausspruch Christi "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist" in die Situation von heute übertragen: Gebt der Demokratie, was sie braucht, um existieren zu können, übernehmt politische Verantwortung (und überlaßt dies nicht allein Ungläubigen)! Was wir heute neben manch anderem brauchen, sind viel mehr christliche Politiker, die sich dazu berufen fühlen, die Freiheit der Menschen (auch der Christen und ihrer Arbeit) in unserem Land zu erhalten, für das soziale Wohl der Bürger zu sorgen und etwas für den Frieden in der Welt zu tun. Wir brauchen Leute, die entschieden zu verhindern suchen, daß politischer Radikalismus, Zerstörung jeglicher Autorität und Abbau der Moral mehr und mehr um sich greifen.

Zwar wird sicher alles so kommen, wie es kommen muß, aber sind die Christen deshalb ihrer Verantwortung enthoben? Wenn wir heute dem Geschehen um uns tatenlos zusehen und nicht alles in unserer Macht stehende tun, um Böses abzuwenden, dann machen wir uns selbst mit-schuldig!

Gebete sind zweifellos wichtig, aber auf diesem Gebiet erscheinen sie mir ohne aktiven Einsatz ebenso wirkungslos zu sein wie bei einem Brand, den zu löschen ich die Möglichkeit hätte.

## Mitarbeit in einer Partei

Für viele Christen erschöpft sich demokratisches Engagement in der Teilnahme an Wahlen. Diese ist zwar sehr wichtig, denn: "Wählen dürfen heißt ändern können", jedoch machen sich nur wenige klar, daß es einen bestimmten Prozentsatz politisch engagierter Bürger geben muß, um überhaupt erst ein ansprechendes und vertretbares Angebot für die Wahl zu ermöglichen, und daß es letztlich dieser Prozentsatz engagierter Bürger ist, der uns Freiheit und Demokratie ermöglicht und erhält.

Häufig hört man auch von der Angst vieler, die meinen, daß sie mit dem Eintritt in eine Partei ihre geistige Unabhängigkeit verlieren könnten. Es muß selbstverständlich für einen Parteipolitiker in gewisser Hinsicht schwierig sein, die auf ihn zukommenden Probleme aus einem entschieden christlichen Blickwinkel zu betrachten; doch hat in diesem Zusammenhang der rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Helmut Kohl, mit Recht darauf hingewiesen, daß kein Bürger, der in eine Partei eintritt, seinen Verstand und seinen Selbstbehauptungswillen an der Garderobe abgeben muß. Dies bedeutet für den Christen, er kann auch als Parteimitglied Gott mehr gehorchen als den Menschen. Und da die Politik einer

Partei durch ihre Mitglieder gemacht wird, ist es ihm gerade so möglich, diese Politik von seiner christlichen Überzeugung her zu beeinflussen und mitzugestalten.

Nun drängt sich natürlich ganz von selbst die Frage auf: Welche Partei ist für mich als Christen die richtige? Die Beantwortung dieser Frage kann nicht pauschal sein und bleibt daher dem einzelnen überlassen. Grundsätzlich dürfen radikale Parteien nicht in Betracht kommen. Wir sollten uns also den bestehenden großen Parteien zuwenden und genau prüfen, welche davon am eindeutigsten von den Grundsätzen einer Politik aus christlicher Verantwortung ausgeht.

#### Zusammenfassung:

Christen sind Bürger zweier Welten. Als Erben des himmlischen Reiches haben sie nach dem Willen Gottes auch ihre Aufgaben in der Welt zu erfüllen; das bedeutet in einem Staat, dessen politische Ordnung sich auf die parlamentarische Demokratie stützt, aktives politisches Engagement. Parteien sind zur Erhaltung der Demokratie notwendig; darum sollten sich ihnen viel mehr Christen anschließen, auch um so auf die Politik größere und verändernden Einfluß zu gewinnen. Dabei kommen nur die Parteien in Frage, deren Programm auf den Grundsätzen einer Politik aus christlicher Verantwortung aufbaut.

Ingo Stauch  
Haiger/Dill

#### UNSERE AUTOREN:

- Dr. Werner Dollinger: Bundestagsabgeordneter, Diplom-Kaufmann, Stellv. Vorsitzender der CSU, Stellv. Vorsitzender des EAK der CDU/CSU, Mitglied der Synode der EKD, 53 Bonn, Bundeshaus
- Dr. Philipp von Bismarck: Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU, Vorsitzender des EAK-Niedersachsen - Hannover, Vorstandsmitglied EAK-Bund, 53 Bonn, Bundeshaus
- Dr. Gerhard Schröder: Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Vorsitzender des Ev. Arbeitskreises der CDU/CSU, 53 Bonn, Bundeshaus
- Dr. Dr. Rudolf Affemann: Psychotherapeut und ev. Theologe, Vorstandsmitglied EAK-Württemberg, 7 Stuttgart-Untertürkheim, Rotenberger Steige 9
- Dr. Klaus Krüger: Pfarrer, 44 Münster, Duddeyheide 42
- Dr. Hans Evers: Bundestagsabgeordneter, Diplom-Kaufmann, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sport der CDU, Vorsitzender des EAK-Baden, 53 Bonn, Bundeshaus

---

Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen

Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU  
53 Bonn/Rhein, Kaiserstraße 22, Ruf 02221 - 652931

Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten

---